

Regierung rückt vom Turbo-Abi ab

Hannover. Die rot-grüne Koalition will wohl zum Abitur nach 13 Jahren an Gymnasien zurückkehren.

Von Michael Ahlers



Ein Schüler bei einer Abiturprüfung.
Foto: Tobias Kleinschmidt/dpa

Spätestens im März soll eine Expertengruppe der niedersächsischen Kultusministerin Frauke Heiligenstadt (SPD) Vorschläge zur Zukunft des Abiturs vorlegen. Doch schon jetzt steht fest: Die Zeichen stehen auf Rückkehr zum Abitur nach 13 Schuljahren als Regel.



„CDU und FDP haben für ihr Bildungschaos die Note 6 verdient.“
Claus Peter Poppe, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion

Dabei hatten mehrere Kultusminister einiges dafür getan, das um ein Jahr verkürzte „Turbo-Abi“ (G8) durchzusetzen. Zehn Punkte, von der „Reduzierung des Nachmittagsunterrichts“ bis zu „funktionierender Schulverwaltungs-Software“, sah der „Niedersächsische Aktionsplan zum Abitur nach 12 Schuljahren“ vor. Das war 2008.

Die Reparaturpläne der damaligen Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) und ihrer Nachfolger waren vergeblich. Der Nachwuchs sollte schneller auf den Arbeitsmarkt, die Wirtschaftsverbände drängten: So setzte sich das schnelle „G8“ auch in westlichen Bundesländern durch. Die Lehrpläne rechtzeitig anzupassen, hatten Politik und Kultusbürokratie versäumt. Zunächst schien Rot-Grün nach dem Wahlsieg im Januar 2013 das beliebte G9 für ihr Lieblingskind Gesamtschulen reservieren zu wollen. Im

Koalitionsvertrag war aber bereits eine „Wahlmöglichkeit“ für Gymnasien beim Abi-Tempo vorgesehen.

Später favorisierte die SPD ein „Flexi-Abitur“ mit variabler Oberstufe: Je nach Lerntempo hätten Schüler dann nach 12, 13 oder auch 14 Jahren Abitur gemacht. Der SPD-Bildungspolitiker Claus Peter Poppe erklärte im August 2013, es werde in jedem Fall ein Abitur in zwei Geschwindigkeiten geben.

Spätestens seit Niedersachsens Metall-Arbeitgeber offen auf Distanz zum G8 gingen, scheint das schnelle Abitur zum Abschuss frei. Die überwältigende Mehrheit der Lehrer und Schulleiter, der Eltern und Schüler fordere die schnellstmögliche Rückkehr zur neunjährigen Schulzeit, heißt es in einer Mitteilung von Philologenverband, Direktorenvereinigung und dem Verband der Elternräte an Gymnasien. Sie wollen heute vor die Presse gehen.

„Ein Zurück zum Abitur nach 13 Jahren ist der falsche Weg“, sagt dagegen der Niedersächsische Industrie- und Handelskammertag. Auch die Unternehmerverbände sind eigentlich für ein besseres G8. Die FDP-Fraktion hat im Januar im Landtag einen Gesetzentwurf eingebracht, bereits zum Sommer eine Wahlfreiheit G8/G9 einzuführen. Die CDU-Fraktion forderte zum Wochenbeginn, Schüler sollten das Abitur „gleichrangig“ nach 12 oder 13 Jahren ablegen können. Zeitdruck bei der Reform will die CDU aber nicht – genau wie die SPD. 2015 soll das neue Schulgesetz wohl kommen.

„Die Ministerin wird sich zu gegebener Zeit positionieren und einen Vorschlag unterbreiten“, erklärt ein Sprecher des Kultusministeriums. Doch SPD-Fraktionsvize Gaby Andretta wurde schon mit dem Satz zitiert, man wolle zurück zu G 9. „Lernen im eigenen Takt“ heißt die Formel. Das favorisierte Modell: G 9 wird wieder Regelfall. Wer es schneller mag, kann die Klasse 11 überspringen. Die jetzigen Jahrgänge 5 bis 7 könnten bereits wieder G9 machen, heißt es intern. Gesichert ist noch nichts davon. Doch andere Bundesländer sind bei der Rückkehr zum G9 bereits weiter. Laut Ministerium müssten Lehrpläne, einige Verordnungen und auch Lernmaterial geändert werden.

Zwar hatten Regierungsvertreter noch kürzlich gestreut, eine allgemeine Rückkehr zum G9 an Gymnasien sei zu teuer und werde eher nicht kommen. Doch das waren wohl Nebelkerzen. Denn bei einem Strecken des Lehrstoffes auf neun Jahre an der weiterführenden Schule würde sich die Wochenstundenzahl in den Klassen 5 bis 8 auf maximal 30 verringern, sagt der FDP-Politiker Björn Försterling. Das spart Lehrerstunden. Die Last käme später.